

# GENERKSCHAFTSJUGEND FREIBURG

17.02.72

Jugend der IG METALL, ÖTV, HBV, IG DRUCK und PAPIER

Jugend der DAG

Mitglieder der IG CHEMIE

## GEGEN FAHRPREISERHÖHUNG UND PRIVATISIERUNG DER STADTWERKE

Seit langem wird von der Stadtverwaltung geplant, die Stadtwerke zu privatisieren und die Fahrpreise zu erhöhen. Privatisierung würde aber heißen, daß in Zukunft Profit gemacht werden muß. Und wenn man überlegt, daß jetzt schon ein Defizit von 3,6 Mio. Mark besteht, in Zukunft aber Gewinne gemacht werden und viele Posten zu bezahlen sind, muß das Geld ja irgendwo herkommen. Um eine Lösung ist man nicht verlegen:

- ▶ die Fahrpreise für Straßenbahn und Bus werden teurer
- ▶ die Stadtwerke sollen privatisiert werden
- ▶ bei den Arbeitern und Angestellten der Stadtwerke wird man weiter rationalisieren. Schon jetzt wurde versucht, bei den Verkehrsbetrieben einen 10jährigen Urlaubsplan zu machen. Jeder muß dann seinen Urlaub nehmen, wie es im Plan steht
- ▶ die Fahrpläne werden verdünnt werden, morgens entsteht noch mehr Gedrängel, und abends nach halb zwölf muß man zu Fuß vom Kino nach Hause laufen oder ist gezwungen ein Auto zu kaufen. Es wird noch länger dauern, bis man zum Arbeitsplatz gefahren ist.

Dabei sind diese Maßnahmen der Stadtbürokratie nur ein Teil der Verschlechterung unserer Lebenssituation. Die Lebenshaltungskosten stiegen 1971 um 7% und die Tarifabschlüsse von 4 - 6% heißen für uns, daß am Monatsende das Geld noch knapper wird als bisher. Wenn die Sichtungskarten für die öffentlichen Verkehrsmittel 30% teurer werden und die reale Lohnerhöhung ca. 40 Mark betrug, würde das heißen: Von den 40 Mark gehen 9 Mark (das sind 30%) schon allein für erhöhte Fahrkosten drauf. Einige Kollegen suchen sich jetzt schon nach Feierabend eine Arbeitsstelle, wo sie noch 1 - 2 Stunden arbeiten können.

# Warum haben die Städte kein Geld mehr?

Seine Ursachen hat das darin, daß immer mehr Steuergelder notwendig sind, um die Monopole zu unterstützen (z.B. Rüstung, Auto-industrie). Für die eigentlichen Aufgaben der Städte bleibt nicht mehr viel übrig.

- ▶ die Wartezeiten in den Krankenhäusern werden immer länger. Eine anständige Behandlung ist bei der Überlastung der Krankenhäuser nicht mehr möglich
- ▶ die Kindergärten sind total überfüllt.
- ▶ die Wohnungen werden immer teurer
- ▶ die Gebühren für Post und Bahn werden laufend erhöht
- ▶ in den Schulen hält man Klassen mit 40 Schülern schon für normal

Selbst die Umweltverschmutzung nimmt in einer Stadt wie Freiburg immer größere Ausmaße an. In der Eschholzstraße ist die Lärmbelästigung und Abgaskonzentration schon so hoch, daß nur

'Menschen aus unteren Schichten' das zugemutet werden kann (so ein Sachverständigenbericht)

Es zeigt sich immer deutlicher, daß man nur noch am Leben erhalten wird um am nächsten Tag wieder im Betrieb zu erscheinen.

Dann wird die Arbeitshetze im Betrieb verschärft, wie das zum Beispiel Kollegen der Sauter - Werke berichtet haben (es soll ein neues Arbeitsbewertungssystem eingeführt werden). So ist es nicht verwunderlich, daß es immer mehr Arbeitsunfälle und Frühinvaliden gibt.

Die Autoindustrie und was mit ihr zusammenhängt machen davon immer mehr Profit. Sie haben ein Interesse daran, daß immer mehr Autos gefahren werden.

# Wie können wir uns gegen diese Maßnahmen aktiv zur Wehr setzen?

Unsere Abwehrmaßnahmen müssen von da aus gehen wo wir stark sind; vom Betrieb aus. In den Jugendvertretungen, vertrauensleutekörpern und Betriebsräten müssen wir uns gegen die Privatisierung und Fahrpreiserhöhungen aussprechen. Wir müssen uns dafür stark machen, daß sich die Gewerkschaften gegen diese Maßnahmen der Stadtverwaltung aussprechen und den Widerstand dagegen organisieren. Wir haben deshalb den DGB und die Einzelgewerkschaften aufgefordert unsere Aktivitäten zu unterstützen.

- Gegen die Versuche das Arbeitstempo zu steigern, können wir nur ankommen, wenn wir uns gegen die Unternehmer zur Wehr setzen.

Wir organisieren am Tage der Stadtratssitzung, wo über die Privatisierung entschieden wird, eine Demonstration, um zu zeigen, daß wir den Maßnahmen der Stadtbürokratie unseren Widerstand entgegensetzen.